

Die Republikaner im Kreistag Würzburg
Haushaltsrede von Kreisrat Berthold Seifert

19.03.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Landrat,

von der Kreisausschusssitzung im Februar war zu vernehmen, dass selbst bei einer Senkung der Kreisumlage von einem Prozent der Landkreis von den Gemeinden – im Vergleich zum Vorjahr – über eine Million Euro mehr einnehmen würde.

Dem Landkreis würde es gut gehen und in den Gemeinden werde investiert, so dass CSU Fraktionssprecher Manfred Ländner davon ausgehe, „dass die schlimmsten Zeiten jetzt vorüber sind“.

Diesem unbegründeten Optimismus werde ich mit den folgenden Ausführungen leider zerstören müssen.

Für die Jahre 2019 und 2020 sind im Bezirkshaushalt weitere Steigerungen - und damit auch eine Erhöhung der Bezirksumlage - zu erwarten. Dann wirken sich die Reformen des Bundesteilhabegesetzes, des Psychisch-Kranken-Gesetzes und die Übernahme für die Zuständigkeit für die ambulante Pflege durch die Bezirke aus. Der Landkreis hat mit der Generalsanierung der Main-Klinik ein 89 Millionen Projekt zu stemmen, welches bis zum Jahr 2030 den Haushalt belasten wird.

Weiter sollen die Schulen in Höchberg und Veitschöchheim saniert werden.

Das gute Haushaltsjahr sollte daher genützt werden um Rücklagen für die kommenden Aufgaben zu bilden. Bei Schulden von über 45 Millionen € werden wir einer einmaligen Kreisumlage-Senkung nur bis höchstens 1% zustimmen.

Damit würde schon mehr als die Senkung der Bezirksumlage an die Gemeinden weitergegeben werden.

Immer wieder wird von Politikern behauptet, Deutschland wäre ein reiches Land.

Wir sind höchstens reich an Schulden von über 2 Billionen €.

Die Zahlungsverpflichtungen für Pensionen und Steuerzuschüsse zur Rentenkasse dürften einen Zeitwert von über einer Billion haben. Außerdem hat der Anteil der Kinder, die auf Hartz IV angewiesen sind, nach Berechnungen der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung einen neuen Höchststand erreicht.

Insgesamt lebten im Juni 2017 fast 2 Millionen Kinder und Jugendliche in Hartz-IV-Haushalten.

Mit der Grenzöffnung und „Willkommenskultur“ haben Merkel und ihre zweite Große Koalition ein Jahrhundertdesaster angerichtet: Massenmigration in die Sozialsysteme, explodierende Kriminalität, allgegenwärtige Terrorgefahr und beschleunigte Islamisierung. Der angerichtete Schaden aus zwölf Jahren Merkel-Regierung wird die Deutschen noch Generationen beschäftigen: „Euro-Rettung“ und Asyl-Masseinwanderung werden unser Land Billionen kosten, die Energiewende macht die Stromversorgung zum Glückspiel, vertreibt die Industrie und hat Bürgern und Unternehmen die höchsten Strompreise Europas beschert. Es droht weiterhin eine schleichende Einführung einer Euro Transferunion. Entweder fällt der Euroraum in seiner jetzigen Zusammensetzung auseinander, oder er wird mit einer gewaltigen Geldschwemme von der Europäischen Zentralbank (EZB) zusammengehalten. Beides wird sich fatal auch auf den Haushalt des Landkreises auswirken.

Wieviel kostet das freundliche Gesicht von 2015/2016 Bund, Ländern und Kommunen? 30 Milliarden Euro pro einer Million Flüchtling, wie Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) schätzte? Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) rechnet mit 50 Milliarden, das Kieler Institut für Wirtschaftsforschung mit 55 Milliarden Euro jährlich. Diese Belastungen werden nicht nur im Haushalt der Kommunen deutliche Spuren hinterlassen.

Den Anträgen 2.6 und 2.7, Erhöhung der freiwilligen Leistung für die Koordinationsstelle für ehrenamtliche Asyl-Helferkreise in Höhe von 84.000,- € und der freiwilligen Leistung für die Integrationsbeauftragte mit 153.000,- €, kann aus folgenden Gründen nicht zugestimmt werden:

Über die Einwanderer hieß es zunächst, die meisten seien - ungeachtet des desolaten Bildungssystems - in ihrer Heimat Ärzte und Facharbeiter und könnten unsere Rente erwirtschaften. Laut der damaligen Bundesarbeitsministerin Nahles verfügen aber siebzig bis neunzig Prozent der Eingereisten über keinerlei Abschluss, viele sind Analphabeten und damit dauerhaft auf Sozialleistungen angewiesen. Es war daher eine hirnrissige Vorstellung, zu glauben, durch massenhaften Import kulturfremder Analphabeten ein „zweites Wirtschaftswunder“ (Dieter Zetsche, Daimler AG) bewirken zu können. Seit 2010 ist die Zahl der auf Harz-IV-Niveau versorgten Nicht-EU-Ausländer in Deutschland von 130.000 auf 970.000 gestiegen. In die Rentenkasse einzahlen werden diese Ausländer nicht.

Auch die Landkreis-Verwaltung geht in den Ausführungen zum Kreishaushalt „von deutlichen Zunahmen“ der Empfänger von Arbeitslosengeld nach SGB II aus, „aufgrund der Flüchtlingskrise“.

Allein im Bezirk Unterfranken sind seit November 2015 für sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge über 20 Millionen Euro an Kosten entstanden.

Durch den Freiburger Mordprozess gegen den Flüchtling Hussein K. wurde bekannt, dass die Pflegeeltern etwa. 2.800,- € pro Monat für die Pflege bekamen.

Das Landgericht Freiburg stellte z.B. beim Sexualmörder der Studentin an der Dreisam durch die Prüfung des Eckzahns fest, dass er bereits 25 Jahre alt ist.

Warum ist in Unterfranken oder im Landkreis Würzburg eine derartige Prüfung des Eckzahns nicht möglich?

Dass Ausländer auch anderes als „Flüchtlinge“ oder „Schutzsuchende“ sein können, nämlich terroristisch, kriminell oder Sozialleistungsabgreifer, ist bei den Altparteien - besonders bei SPD und Grünen - tabuisiert. Schon der Begriff „Flüchtling“ ist ein Etikettenschwindel. Es geht um irreführend als „Flüchtlinge“ deklarierte illegale Einwanderer. Nach dem geltenden, von der Regierung Merkel schlicht nicht mehr angewendeten Artikel 16 a des Grundgesetzes gilt für illegale Einwanderer, die als Asylbewerber über sicherere Drittstaaten kommen nämlich „Obergrenze null“.

Für die Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge weitgehend ohne Rechtsgrundlage und als Selbstermächtigung ohne die Einholung der parlamentarischen, haushaltsrechtlichen Zustimmung, gilt immer noch die Feststellung des neuen Bundesinnenministers Seehofers von der „Herrschaft des Unrechts“.

Der millionenfache Familiennachzug für Asyl-Migranten ist ein finaler Sprengsatz für Sozialstaat und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bereits im Juli letzten Jahres hatten – laut der Bundesregierung – 300.000 Syrer und Iraker Anspruch auf

Familiennachzug nach Deutschland. Bei Ausschöpfung einer jährlichen Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen, die jeweils mindestens zwei nahe Angehörige nachholen dürften, werden in jedem Jahrzehnt sechs Millionen Kulturfremde ins Land strömen. Spätestens dann konkurrieren arbeitsmarktferne Syrer, Iraker oder Afghanen mit einkommensschwachen Deutschen, EU-Bürgern und länger hier lebenden Türken um die gleichen preiswerten Wohnungen – mit unabsehbaren Folgen. Bei steigender Zuwanderung hilft auch keine noch so ausgefeilte Mietpreisbremse.

Es ist die Unvereinbarkeit von Grenzoffenheit und Sozialstaatlichkeit!

Dem Antrag 2.5 mit der Erhöhung des Zuschusses für eine Vollzeitstelle an den Caritasverband für Wohnraumvermittlungsdienst für benachteiligte Personengruppen am Wohnungsmarkt um 25.000,- € auf jetzt 75.000,-€ freiwillige Leistung, kann von uns so nicht zugestimmt werden. Da Caritas bereits die Koordinationsstelle für den ehrenamtlichen Asyl-Helferkreis leitet, muss wohl hier von einem versteckten Antrag für die Vermittlung von Asylbewerbern auf den Wohnungsmarkt ausgegangen werden.

Dieses Problem kann zum sozialen Sprengstoff werden, wie inzwischen selbst die SPD Kreistagsfraktion bemerkt hat. (MP- Artikel vom 24.10.17).

Selbst der grüne Oberbürgermeister von Tübingen (Boris Palmer) hat inzwischen erkannt: „Eine reine moralische Flüchtlingspolitik könne es nicht geben, wir könnten nur sehr wenigen helfen, ohne Freiheit Wohlstand und damit die Fähigkeit zum Helfen selbst zu verlieren“. Laut statistischem Bundesamt in Wiesbaden ist mittlerweile jeder fünfte unter 18-jährige von Armut bedroht.

Deutlich erkennbare Anzeichen hierfür sind die Diskussionen um die Tafeln, sowie die Anträge 2.8 auf „Förderung der Wärmestube und 2.4 Antrag auf Erhöhung des Zuschusses an die Bahnhofsmmission. Diesen stimmen wir gerne zu.

Laut einer Analyse des Statistischen Bundesamts hat sich das „Bildungsgefälle zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland in den vergangenen Jahren vergrößert. Dies liegt laut dem Bundesamt daran, dass viele Menschen mit einem niedrigen Bildungsniveau nach Deutschland kamen.

Aus einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) geht hervor, dass drei Viertel der Einwanderer gar keinen oder nur geringe Schulbildung haben“.

Es darf nicht einfach ignoriert werden, dass die massenhafte Aufnahme von Analphabeten die wissensbasierte Wirtschaftsleistung eines Staates senkt.

Auch beim Bildungsstandard gibt es eine Regel: Je mehr Kinder mit Migrationshintergrund, desto schlechter das Leistungsvermögen.

Das ist das Ergebnis einer vergleichenden Untersuchung des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Es wird daher nicht gelingen, einen ausreichenden Anteil erwachsener niedriggebildeter Menschen auf ein Niveau zu bringen, dass deren Arbeitsleistung ausreichend ist. Dass die Masseneinwanderung keine Fachkräfte, sondern Sozialfälle bringt, zeigen weiter Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Während 7,2 % der Deutschen Hartz IV beziehen, sind es bei Staatsangehörigen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern 60,1%.

Zum Antrag 2.9. der Ausschussgemeinschaft ÖDP/FDP zur Digitaloffensive im Landkreis Würzburg. Der Regionaldirektor Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Klaus Beier, geht davon aus, dass mit fortschreitender Digitalisierung in naher Zukunft in Würzburg neun Prozent der Arbeitsstellen ersetzbar werden. LKW-Fahrer und Packer müssten damit rechnen, dass ihre Arbeit künftig von Robotern erledigt werde.

Es verwundert deshalb nur noch, wenn die Landtagsabgeordnete der Grünen, Kerstin Celina, in der Main-Post zitierte wird: „Wenn aber derzeit trotz einer sehr hohen Nachfrage nach Arbeitskräften die Zahl der Menschen steigt, die auch die Hilfe von Tafeln zum Leben braucht, dann läuft in der staatlichen Armutsbekämpfung einiges schief“.

Frau Celina: Es läuft nicht bei der Armutsbekämpfung etwas schief, sondern bei der Zuwanderung.

Wir brauchen keine weitere unkontrollierte Zuwanderung, sondern – wenn überhaupt – nur eine qualifizierte Zuwanderung.

Antrag zur Geschäftsordnung von Kreisrätin Celina (Grüne): Rede nur noch zum Kreishaushalt.

Wer den Sozialstaat beliebig ausweitet, der zerstört ihn. Es kann keinen universellen Sozialstaat geben.

Landrat Eberhard Nuss (CSU): Ich entziehe Ihnen hiermit das Wort. Sie können sich wegen der Beschwerde an die Aufsichtsbehörde wenden.

Nur zur Information der restliche Redetext, den ich bei der Kreistagssitzung nicht mehr vortragen konnte:

Dass der Krieg nun endlich abflaut, müsste vielmehr Grund sein, die Heimkehr der Flüchtlinge zu organisieren. Schließlich herrscht in weiten Landesteilen von Syrien schon Frieden und der Wiederaufbau könnte beginnen. Zitat: „Das gesamte aufwendige Asylverfahren wird zur Farce, wenn diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, geduldet werden oder ihre Abschiebung unterbleibt“ Zitat Julian Nida Rümelin, Ex-Chef der Grundwertekommission der SPD (13.09.17).

Um Landkreise bei allen Fragen der Abschiebung zu unterstützen, hat der Bund in Potsdam eine Zentrale Ausländerbehörde gegründet. Darüber hinaus betreibt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Zentrale der Unterstützung der Rückkehr. Es muss endlich die Flucht-Ursache Nr. 1 bekämpft werden, nämlich die großzügige Alimentierung aller Illegalen, die es über die Grenzen schaffen.

Der Landkreis Würzburg sollte, anstatt noch mehr Geld für Flüchtlinge in Höhe von über 200.000,- € freiwilligen Leistungen auszugeben, finanzielle Mittel für die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat einsetzen.

Gerade die CSU im Landkreis Würzburg sollte ihren ehemaligen Ministerpräsidenten Seehofer bei seinem „Masterplan“ für die schnellere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber nach Kräften unterstützen. Herrn Seehofer und der CSU empfehle wir Republikaner für die rasche Umsetzung als Muster seines „Masterplans“ einen Blick nach Norwegen und deren „Asylnotbremse“ bzw. nach Australien.

Im Haushalt fehlen für uns neue Ansätze um die Familien bzw. Mütter im Landkreis besser zu unterstützen.

Obwohl die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in den vergangenen Jahren stetig gesunken ist, nimmt seit letztem Jahr die Zahl der Abtreibungen wieder zu. Eine Steigerung von zwei Prozent verzeichneten die Statistiker. 96% der Abtreibungen erfolgten zudem ohne einen zwingenden Grund gemäß der sogenannten

Fristenregelung. Viele Parteien führten die Wahlkämpfe mit dem Slogan, man wolle doch „kein Kind zurücklassen“. Die Kinderrechte sollen in die Verfassung. Was sollen das für „Kinderrechte“ sein, die im Kleingedruckten leider nur für jene gelten, die es erst mal lebend aus dem Bauch ihrer Mütter geschafft haben müssen. Es ist blanker Zynismus, wenn wir Kindern zwar das Recht auf Bildung und neuerdings gar ein Recht auf Sexualität zugestehen, nicht aber das Recht auf Leben. Die Politik – auch im Landkreis – muss endlich ihre stumme Gleichgültigkeit gegenüber den hohen Abtreibungszahlen aufgeben.

Nach den Zahlen des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) wünschen sich 30% der Bürger im Alter zwischen 20 und 39 Jahren drei oder mehr Kinder. Um dieses Potential ausschöpfen zu können, sollte auch der Landkreis Würzburg seine Kräfte dafür einsetzen, bestehenden Familien Mut zu weiteren Kinder zu machen. Hier hätte auch der Landkreis eine dankbare Aufgabe. Wirksamer Lebensschutz sollte genauso wichtig sein wie Klima-, Tier- oder Umweltschutz! Wenn der Sozialstaat infolge sinkender Geburten, steigender Kosten und Massenmigration kollabiert, wird es viel härter werden als bei einem geordneten Umbau.

Da der Haushalt keinen Ansatz für diesen geordneten Umbau bietet, werden wir Republikaner ihn auch in diesem Jahr ablehnen.